



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Florian Herrmann, Erwin Huber, Eberhard Rotter, Karl Freller, Josef Zellmeier, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Klaus Holetschek, Sandro Kirchner, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Walter Nussel, Dr. Hans Reichhart, Dr. Harald Schwartz, Peter Tomaschko CSU**

Intensivierung der Bewerbung von Rettungsgassen bei Staus

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel die Information von Autofahrern über das korrekte Verhalten in Stausituationen hinsichtlich der Bildung von Rettungsgassen weiter zu verstärken.

Dabei soll insbesondere geprüft werden, mit welchen Maßnahmen (z.B. Informationen an Autobahnen und Kampagnen im Internet) bei Autofahrern bayernweit die wichtigsten Verhaltensregeln bei Unfällen, Pannen oder im Stau noch besser ins Bewusstsein gerückt werden können.

Begründung:

Das Bilden der Rettungsgasse ist in § 11 StVO geregelt. Stockt der Verkehr auf Autobahnen und Außerortsstraßen mit wenigstens zwei Fahrstreifen in einer Richtung, muss eine Durchfahrt für Polizei- und Hilfsfahrzeuge in der Mitte der Fahrbahnen gebildet und freigehalten werden. Bei drei oder mehr Spuren soll diese Durchfahrt, auch umgangssprachlich Rettungsgasse genannt, zwischen der linken und danebenliegenden mittleren Spur gebildet werden.

Feuerwehren, Rettungskräfte, die Polizei und andere Hilfsorganisationen beklagen jedoch häufig, dass sie im Einsatz in Stausituationen auf der Autobahn stark behindert werden. Dadurch geht wertvolle Zeit für die Versorgung der Verletzten und die Räumung der Unfallstelle verloren, die im Ernstfall aber über Leben und Tod entscheiden kann.

Auf Seiten der Autofahrer besteht oft Unsicherheit hinsichtlich des richtigen Verhaltens bei beginnender Staubildung und stockendem Verkehr. Informationskampagnen können zur Aufklärung und Bewusstseinsbildung beitragen, wie bereits durchgeführte Maßnahmen der Staatsregierung zeigen. Daher sollen diese künftig weiter verstärkt werden.